

Wie kombiniert man Wahlfreiheit für Studierende mit der Bildung von Profilen?

Zur Umsetzung der Idee des selbstbestimmten Lernens von Studierenden im Bielefelder Studienmodell der Fakultät für Soziologie¹

Stefan Kühl

(stefan.kuehl@uni-bielefeld.de)

Working Paper 2/2012

In vielen sozialwissenschaftlichen Masterprogrammen ist es im Vergleich zu den vorher existierenden Diplom- und Magisterstudiengängen zu einer Einschränkung der Wahlmöglichkeiten für Studierende gekommen. Basierend auf der exemplarischen Analyse der ungewollten Rigidisierungseffekte eines seit fünf Jahren existierenden Masters an der Universität Bielefeld wird in diesem Artikel ein Konzept für einen Studiengang vorgestellt, der Studierenden im Master ein Höchstmaß an Wahlmöglichkeiten bei Veranstaltungen bietet. Dabei wird gezeigt, wie die auf den ersten Blick widersprüchlichen Ziele – Erhöhung der Wahlmöglichkeiten für Studierende und Profilbildung – kombiniert werden können.

¹ Das Konzept für den Master Soziologie der Universität Bielefeld wurde gemeinsam von den Professoren, wissenschaftlichen Mitarbeitern und Studierenden der Fakultät für Soziologie entwickelt und in den Grundzügen in den entsprechenden Gremien verabschiedet. Dieses Working Paper, das Überlegungen bei der Entwicklung des neuen Masters beschreibt, gibt jedoch nur die Meinung des Autors wieder. Das Working Paper wurde auf der Basis verschiedener Texte geschrieben, die von Mitgliedern der Fakultät im Rahmen der Entwicklung des Masterstudiengangs verfasst wurden. Besonders wurde dabei auf eine Analyse des existierenden Masters (Diewald/Kühl 2009), auf eine Analyse des sogenannten Sudoku-Effekts beim existierenden Master (Kühl 2011) und eine Ausarbeitung zum Kompetenzprofil (Tacke 2011) zurückgegriffen. Durch Änderungswünsche im universitären Abstimmungsprozess und im Akkreditierungsprozess kann sich der Studiengang in einzelnen Facetten noch verändern.

1. Wider die Verschulung – Überlegungen zur Strukturierung eines forschungsorientierten Masters

Die Grundidee der Bologna-Reform war die europaweite Einführung eines zweigliedrigen Studiums. Statt, wie in vielen Ländern üblich, erst am Ende eines fünfjährigen Studiums einen Diplom-, Magister- oder Staatsexamensabschluss zu vergeben, sollten Studierende bereits nach drei oder vier Jahren einen ersten Abschluss erwerben können. Dieser erste Abschluss sollte, so die Bologna-Erklärung, bereits „eine für den europäischen Arbeitsmarkt relevante Qualifikationsebene“ attestieren, aber Studierenden sollte die Möglichkeit eingeräumt werden, einen zweiten Abschluss erwerben zu können (Bologna-Erklärung 1999: 4). Obwohl weder in der Bologna-Erklärung noch in den Erklärungen auf den Folgekonferenzen der Bildungsminister die konkrete Benennungsform für die beiden Studienabschlüsse vorgeschrieben war (vgl. Pasternack 2001: 286ff.), hat die deutsche Kultusministerkonferenz weitgehend erfolgreich die Bezeichnung Bachelor für den ersten Studienabschluss und Master für den zweiten Studienabschluss durchgesetzt (KMK 2010: 1ff.).²

Die durch die Bologna-Erklärung initiierte Aufspaltung des Studiums in zwei aufeinander aufbauende Studienphasen, die jeweils mit eigenen Studienabschlüssen abgeschlossen werden müssen, ist heftig kritisiert worden. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, dass für einige Fächer diese Aufspaltung in zwei durch eigenständige Abschlüsse markierte Studienphasen Vorteile birgt. Wir wissen aus Untersuchungen, dass die Wahl des Studienfachs bei solchen Fächern, die nicht in der Schule unterrichtet werden, z. B. Soziologie, häufig nur auf der Basis rudimentärer Kenntnisse entschieden wird. Weil beispielsweise der lateinische Wortstamm der Soziologie „Sozius“ – der Gefährte – auch Assoziationen mit „Sozialpädagogik“ oder mit „Sozialismus“ zulässt, müssen gerade in den ersten Semestern für Studierende teilweise überraschende, manchmal auch enttäuschende Eingrenzungen des Faches Soziologie vorgenommen werden. Das zweigliedrige Studium bietet auch den Studierenden der Soziologie, die feststellen, dass das Fach sie nicht interessiert oder sich als ungeeignet für ihre Pläne erweist, die Möglichkeit, das Studium durchzuziehen und mit einem Bachelor abzuschließen. Dabei hat der Bachelorabschluss nicht so sehr die Funktion eines „Studienabbruchzertifikats“, sondern eher die eines „Studienfachwechselzertifikats“ (vgl. zum Abbruchzertifikat Pasternack 2006: 329; allgemein zu den Studienvarianten nach dem Bachelorabschluss Teichler 2003: 176f.). Für die Studiengänge in der zweiten Phase – ob diese nun als Master, Diplom oder Magister bezeichnet werden, ist unerheblich – könnte dies die Möglichkeit bedeuten, dass das Studium mit Studierenden fortgeführt werden kann, die ein starkes Interesse am Fach haben.

Die Möglichkeiten eines zweigliedrigen Studiengangs werden jedoch nur dann genutzt, wenn an ein Bachelorstudium andere Anforderungen gestellt werden als an ein Masterstudium. Auch wenn der Qualifikationsrahmen, der im Moment europaweit entwickelt und in einem nächsten Schritt auf einzelne Fächer heruntergebrochen werden soll (vgl. EQR 2008), bisher lediglich die Steuerungsphantasie von Bildungsplanern und Bildungspolitikern widerspiegelt, so kann man doch erkennen, dass es – ganz im Sinne der Bologna-Erklärung – darum geht, die Anforderungen für den Bachelor von den Anforderungen für den Master zu differenzieren.

² Die Versuche einiger Disziplinen, das „Diplom“ oder das „Staatsexamen“ als eingeführtes Qualitätsmerkmal eines Studiengangs durchzusetzen, erfahren zunehmend Unterstützung auch aus der Bildungspolitik. Es könnte gut sein, dass man auch in den Geistes- und Sozialwissenschaften irgendwann erkennen muss, dass man die eingeführten Studienabschlüsse „Diplom“ und „Magister“ vielleicht zu schnell aufgegeben hat.

Während im Bachelorstudium ein „breites und integriertes Wissen einschließlich der wissenschaftlichen Grundlagen, der praktischen Anwendung eines wissenschaftlichen Faches sowie ein kritisches Verständnis der wichtigsten Theorien und Methoden“ entwickelt werden soll, geht es im Master um die Vermittlung eines „umfassenden, detaillierten und spezialisierten Wissens auf dem neuesten Erkenntnisstand in einem wissenschaftlichen Fach (DQR 2011: 12f.).

Man braucht nicht unbedingt die Prosa des Qualifikationsrahmens zu übernehmen, um zu begründen, dass ein Bachelor anders zu konzipieren ist als ein Master. In einem Bachelorstudium kann es Sinn machen, Studierenden wenigstens teilweise kanonisiertes Wissen beispielsweise über Theorien der Soziologie, Methoden der empirischen Sozialforschung oder einzelne Bindestrichsoziologien zu vermitteln. Dafür können im Prinzip auch eine ganze Reihe von Modulen vorgeschrieben werden, in denen sich die Studierenden dieses kanonisierte Wissen aneignen und ihre Fähigkeit zur Anwendung dieses Wissens in Prüfungen nachweisen. Im Master kommt es dagegen darauf an, dass Studierende selbst forschungsorientierte Fragestellungen definieren und selbstständig nach Antworten auf diese Fragen suchen. Von Studierenden kann deswegen ein deutlich höheres Maß an Eigenverantwortung bei der Gestaltung ihres Studiums erwartet werden.³

Aber genau an dieser Möglichkeit zur eigenverantwortlichen Gestaltung des Studiums scheint es in vielen Masterstudiengängen zu hapern. Die Kritik von Studierenden und Lehrenden an einer Verschulung des Studiums richtet sich jetzt interessanterweise nicht nur an die Bachelor-Studiengänge, bei denen ein gewisses Maß an Verschulung jedenfalls in den ersten Semestern noch zu rechtfertigen wäre, sondern auch an die Master-Studiengänge. Studierende beklagen, dass sie vor lauter Seminaren, Prüfungen und Pflichtpraktika gar nicht mehr zum Lesen, geschweige denn zum Denken kommen. Studierende jammern über „Lernbulimie“, zu der sie durch Studiengänge gezwungen werden, in denen man Jahreszahlen, soziologische Grundbegriffe oder mathematische Formeln in sich hineinfrisst, um sie dann „auf Befehl“ wieder auszuspuken (Haunhorst 2010). Gerade weil sie nicht so desinteressiert, unmotiviert und dumm seien – wie ihnen mit der Überfrachtung mit Kontaktzeiten, Präsenzpfllichten und Prüfungen unterstellt werde –, würden sie sich nur noch langweilen, „wenn sie vorgeschriebene Lehrveranstaltungen absitzen müssen, während sie andere interessantere nicht besuchen dürfen“ (Pfaller 2010: 47).

Befürworter und Kritiker der Bologna-Reform zeigen sich gleichermaßen überrascht von diesen sich immer mehr verschärfenden Verschulungstendenzen an Universitäten, weil diese ja in den Erklärungen, Strategiepapieren und Zielkatalogen der Bologna-Reformer als Ziel nicht vorkommen. Sicherlich: Eine Verschulung hat es zwar auch schon in den letzten Jahrzehnten in einigen anwendungsorientierten Studiengängen wie Betriebswirtschaftslehre, Medizin, Jura und den Ingenieurwissenschaften gegeben, aber in den meisten geistes- und sozialwissenschaftlichen Studiengängen scheinen sich die Verschulungstendenzen erst seit der Bologna-Reform auszubilden (siehe allgemein zu den vermehrt auftretenden ungewollten Verschulungseffekten aufgrund der Einführung von Leistungspunkten und Modulstruktur Kühl 2012: 67ff.).

Wie ist es zu dieser Verschulung gerade in den Geistes- und Sozialwissenschaften gekommen, obwohl doch in der Bologna-Reform immer wieder Werte wie „Wahlfreiheit“, „Eigenständigkeit“ und „Flexibilität“ betont werden? Wie kann ein Masterstudiengang konzipiert werden, der nicht in eine Verschulungsfalle fällt? Welche Hebel existieren, um die

³ Insofern macht es auch Sinn, dass die Deutsche Gesellschaft für Soziologie lediglich Empfehlungen für die Gestaltung von Bachelorstudiengängen ausgesprochen hat.

Wahlmöglichkeiten der Studierenden zu erhöhen und ihnen gleichzeitig eine Orientierung über Studienprofile zu bieten? Wie können bei aller Wahlfreiheit der Studierenden in ihrer Studiengestaltung Leistungsstandards festgelegt werden? Und wie kann ein Studiengang so konzipiert werden, dass er problemlos beispielsweise an Veränderungen in den Forschungsprofilen angepasst werden kann?

Ziel dieses Artikels ist es, am Beispiel des Bielefelder Modells für einen Master Soziologie zu zeigen, wie im Rahmen der Bologna-Vorgaben Verschulungseffekte in einem Master vermieden werden können. Bei dem Bielefelder Master geht es darum, zu zeigen, wie ein Studienprogramm mit einem Höchstmaß an Wahlfreiheiten für Studierende organisiert werden kann und so vielfältige „individuelle Gestaltungsmöglichkeiten je nach Vorbildung und Interessen der Studierenden“ zulässt (Universität Bielefeld 2011a). Bei dieser Flexibilität soll – in Übereinstimmung mit der Politik der Universität Bielefeld – gleichzeitig eine Profilbildung in den Forschungsschwerpunkten der Fakultät ermöglicht werden und die „Verknüpfung von Forschung und Lehre“ gestärkt werden.

Mit dem hier vorgestellten Modell werden dabei gleichzeitig zwei – auf den ersten Blick widersprüchliche – Ziele angestrebt: Erstens soll den Studierenden im Rahmen des Masterstudiengangs ein hohes Maß an Wahlfreiheit bei ihren Veranstaltungen ermöglicht werden – sowohl in Bezug auf das Angebot als auch in Bezug auf die faktischen Wahlmöglichkeiten. Zweitens soll den Studierenden die Möglichkeit gegeben werden, im Rahmen eines Profils zu studieren, in dem sie in enger Kooperation mit Lehrenden eine forschungs- oder praxisorientierte Vertiefung eines Themenfeldes vornehmen können. Die Profilbildung soll dabei für Studierende und Lehrende so attraktiv sein, dass der Master Soziologie in Bielefeld eine Alternative zu der Vielzahl von Spezialmasterstudiengängen à la „Methoden empirischer Sozialforschung“, „Entwicklungsländerforschung“ oder „Organisationsforschung“ ist.

In diesem Artikel wird im folgenden zweiten Abschnitt am Beispiel des existierenden Masters der Fakultät für Soziologie gezeigt, wie sich unter Bologna-Bedingungen ungewollt Verschulungseffekte einstellen können. Aufbauend auf der Analyse der ungewollten Verschulung wird im dritten Abschnitt die Grundkonzeption des Masters im Bielefelder Modell dargestellt. Im vierten Abschnitt wird gezeigt, mit welchen Mitteln es gelingen kann, die scheinbar widersprüchlichen Ziele von hoher Wahlfreiheit und Profilbildung zu kombinieren. Gerade bei der Einführung von hoher Wahlfreiheit in einem Studienprogramm ist ein Minimum an Standardisierung nötig. Im fünften Abschnitt wird geschildert, wie über eine einheitliche Prüfungsform in den Modulen eine Sicherung der Mindeststandards gewährleistet wird. Der abschließende sechste Abschnitt behandelt die Frage, wie ein Studiengang so offen konzipiert werden kann, dass permanente Reformschleifen verhindert werden können.

2. Verschulung wider Willen – die Diagnose eines existierenden Masterstudiengangs

In den letzten zehn Jahren wurden an den meisten Universitäten und Fachhochschulen neue Bachelor- und Masterstudiengänge entwickelt. Dabei bestand für die Studiengangsplaner die Herausforderung darin, die existierenden Magister-, Diplom- oder Staatsexamensstudiengänge nicht einfach in eine zweigliedrige Struktur aus Bachelor und Master zu übertragen, sondern sich neue Konzeptionen auszudenken, mit denen sowohl den spezifischen Anforderungen an einen die Grundlagen eines Faches vermittelnden Bachelor sowie an einen entweder forschungs- oder praxisorientierten Master abgedeckt werden.

Eine besondere Herausforderung bestand bei der Konzeption der Studiengänge darin, dass aufgrund der Vorgaben der Bildungs- und Wissenschaftsministerien die Studiengänge nicht einfach mehr in Veranstaltungen konzipiert werden durften, die jeweils zu eigenständigen Profilen zusammengezogen werden konnten, sondern dass die Studiengänge *zusätzlich* in der Form von Modulen und von Leistungspunkten konzipiert werden mussten (vgl. dazu die Rahmenvorgaben der KMK 2004).

<i>Struktur eines Studienganges vor Bologna</i>	<i>Struktur eines Studiengangs nach Bologna</i>
<p>Profile (Vertiefungsmöglichkeiten innerhalb eines Studiengangs)</p> <p>Veranstaltungen (in Form von Seminaren, Vorlesungen, Übungen etc.)</p>	<p>Profile (Vertiefungsmöglichkeiten innerhalb eines Studiengangs)</p> <p>Module (werden durch die Zusammenfassung von verschiedenen Veranstaltungen gebildet)</p> <p>Veranstaltung (in Form von Seminaren, Vorlesungen, Übungen etc.)</p> <p>Leistungspunkte (in Form von Zeitstunden, die für die Veranstaltungen, deren Vor- und Nachbereitung, die Prüfungen und deren Vorbereitung aufgewandt werden müssen)</p>

Übersicht 1: Strukturveränderung von Studiengängen vor und nach Bologna (aus Kühl 2012)

Gerade bei der Konzeption der ersten Masterstudiengänge war nicht klar, in welcher Form sich die Konzipierung in Modulen und Leistungspunkten faktisch auswirkt. Im Folgenden soll – anhand des alten Bielefelder Masters für Soziologie – die Grundstruktur eines Masters dargestellt werden, wie er an einer Reihe von Hochschulen konzipiert worden ist. Dabei wird – basierend auf einer Erhebung unter Studierenden und Mitarbeitern der Fakultät – gezeigt, wie durch die Konzeption des Masters ungewollte Verschulungseffekte auftreten.⁴

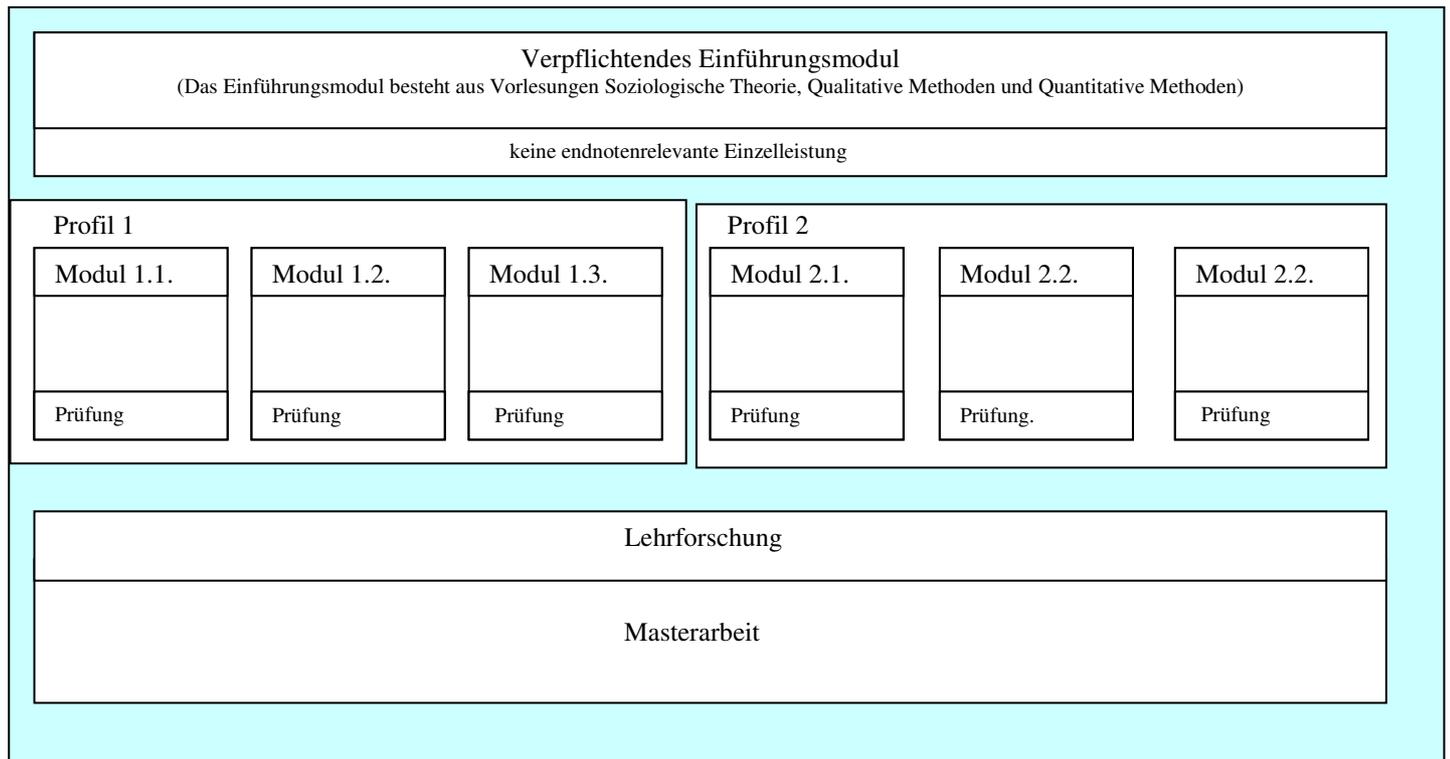
Grundidee und Grundstruktur des existierenden Masters

Mit Bologna wird die Hoffnung verbunden, dass Studierende über die Kombination von Wahlmodulen ein eigenständiges Studienprofil bilden. Abhängig von den an einer Universität vorhandenen Forschungsschwerpunkten und Lehrkapazitäten sollen im Rahmen von breit angelegten disziplinären oder interdisziplinären Masterstudiengängen jeweils verschiedene Profile angeboten werden, zwischen denen die Studierenden auswählen können. Durch diese Profile sollen Studierende – gerade auch von anderen Universitäten – für den Studiengang gewonnen werden.

Die Konzeption des existierenden Masters für Soziologie basiert auf einer relativ simplen und auf den ersten Blick auch überzeugenden Idee. Nach einem für alle verpflichtenden Einführungsmodul wählen die Studierenden aus einem Angebot von sechs Profilen – „Ungleichheit“, „Organisation“, „Öffentlichkeit“, „Weltgesellschaft“, „Methoden“ und „Theorien“ – zwei Profile aus. Jedes Profil setzt sich aus jeweils drei Modulen (jeweils

⁴ Auf der Basis von Einzelgesprächen mit Lehrenden, Studierenden und Mitarbeitern des Prüfungsamtes, durch Gruppengespräche mit Masterstudierenden und schriftliche Kommentierungen eines Thesenpapiers wurden die Erfahrungen mit einem seit drei Jahren laufenden Masterprogramm zusammengetragen und auf Vollversammlungen von Studierenden, wissenschaftlichen Mitarbeitern und Professoren zur Diskussion gestellt (vgl. Diewald/Kühl 2009).

bestehend aus zwei Seminaren) zusammen, die bei Belegen eines Profils alle studiert werden müssen. So müssen beispielsweise im Profil „Organisation“ die Module „Prozesse des Organisierens“, „Organisationen im gesellschaftlichen Kontext“ und „Wirtschaft und Wohlfahrtsstaat“, im Profil „Theorie“ die Module „Interaktion“, „Gruppe, Organisationen, Netzwerke“ und „Gesellschaft“ oder im Profil „Öffentlichkeit“ die Module „Mediensoziologie, „Politische Kommunikation“ und „Wissens- und Wissenschaftssoziologie“ absolviert werden. Zusätzlich zu den zwei Profilen müssen die Studierenden noch eine Lehrforschung belegen und eine Masterarbeit schreiben.



Übersicht 2: Der alte Master in einer schematischen Darstellung

Bei der Untersuchung dieses Masterkonzeptes hoben die Studierenden positiv hervor, dass überhaupt irgendeine Form von Profilbildung vorgesehen sei und eine Wahlmöglichkeit zwischen den Profilen bestehe. Durch die Wahl von zwei Profilen aus einem Angebot von sechs Profilen hätten Studierende die Möglichkeit, sich im Rahmen ihres Studiums auf zwei Themenkomplexe zu konzentrieren. Für die Lehrenden brachte die Struktur den Vorteil, dass die Abstimmungen vorrangig zwischen den Anbietern der verschiedenen Module in einem Profil stattfinden konnten und in der Regel keine Notwendigkeit bestand, sich mit den Anbietern anderer Profile abzustimmen.⁵

⁵ Der Vorteil bei der Ausbildung von durch Profile vorgestanzten Studiengangprofilen liegt in der Reduktion der Komplexität, weil eine Einschränkung der Wahlmöglichkeiten von Studierenden auf einige wenige Profile die Vorausplanung des Studierendenverhaltens erleichtert. Wenn man erst einmal weiß,

Aber bei den Einzel- und Gruppengesprächen mit den Studierenden kam heraus, dass das Studienprogramm, das eigentlich Wahlmöglichkeiten für Studierende eröffnen sollte, die Wahlmöglichkeiten faktisch in starkem Maße einschränkt. Die einzelnen Profile seien, so die Kritik, zu groß, zu breit und zu heterogen angelegt, um sich wirklich spezialisieren zu können. Der Zwang, zwei sehr umfangreiche Profile wählen zu müssen, verhindere darüber hinaus letztlich eine Schwerpunktbildung in dem Bereich, der einen interessiert. Wegen der Heterogenität der Profile werde man gezwungen, komplette Module in Bereichen zu belegen, die einen nicht interessieren würden (wenn man sich z.B. für den „Medien-Schwerpunkt“ interessiert, muss man den „Schwerpunkt“ Wissenschaft mitstudieren und kann beispielsweise nicht stattdessen Veranstaltungen in Methoden belegen). Faktisch – so die Erkenntnis der Analyse des existierenden Masters – seien die Wahlmöglichkeiten für Studierende überraschend gering, weil die Profile noch einmal in Module unterteilt würden, in den kleingliedrigen Modulen nur wenige Veranstaltungen angeboten werden könnten und man deswegen innerhalb eines Profils nur sehr begrenzt wählen könne (vgl. Diewald/Kühl 2009).

Wodurch – so die naheliegende Frage bei der Analyse – entsteht eine solche Einschränkung von Wahlmöglichkeiten?

Die Einschränkung von Wahlmöglichkeiten als Nebenfolge von vorgestanzten Profilen und kleingliedriger Modulstruktur

Bei der Diskussion von Profilen für Bachelor- und Masterstudiengänge ist lange Zeit übersehen worden, dass gerade das Angebot von *vorgestanzten* Studiengangprofilen die Ausbildung von *individuellen* Studiengangprofilen jedes einzelnen Studierenden verhindert. Wenn man in einem Studiengang Soziologie aus sechs Profilen („Ungleichheit“, „Organisation“, „Öffentlichkeit“, „Weltgesellschaft“, „Methoden“ und „Theorien“) zwei auswählen kann, die sich aus jeweils genau definierten Modulen zusammensetzen, dann kann man als Studierender eben kein individuelles Profil entwickeln, sondern hat lediglich die Möglichkeit, ein oder zwei vorausgeplante Studiengangsprogramme zu wählen.

Das häufig übersehene grundlegende Problem ist dabei, dass durch die Bildung von Profilen die Wahlmöglichkeit von Modulen – und weitergehend von Veranstaltungen – *innerhalb* der Profile gegen null gedrückt wird. Das liegt daran, dass die Module, die im Rahmen eines Profils studiert werden müssen, genau definiert werden. Statt der Vorgabe, dass beispielsweise für das Profil „Weltgesellschaft“ sechs Veranstaltungen des sehr breit definierten Moduls „Globalisierung, Transnationalisierung und Weltpolitik“ zu studieren sind, wird beispielsweise festgelegt, dass im Rahmen dieses Profils jeweils einmal die kleinteilig definierten, aus zwei Seminarveranstaltungen bestehenden Module „Struktur der Weltgesellschaft“, „Formen der Weltgesellschaft“ und „Politik in der Weltgesellschaft“ belegt werden müssen.

Verschärfend kommt häufig noch dazu, dass alle Wahlmodule, aus denen Studierende im Rahmen ihres Studiums auswählen können, in ein oder zwei umfassende Profile „eingeht“ werden. Wahlmodule können dann nur im Rahmen von Profilen studiert werden. Weiter verschärft wird dies nicht selten noch durch die Regelung, dass Module in einem Profil nur dann studiert werden dürfen, wenn die Studierenden auch das ganze Profil studieren. Motto: Entweder man studiert komplett ein Profil „Methoden“ oder eben „gar nicht“.

welche Profile die Studierenden zu Beginn ihres Studiums gewählt haben, kann man über Jahre hinweg ziemlich genau errechnen, welche Veranstaltungen ein Student bis zum Ende seines Studiums belegen und welche Kapazitäten man organisatorisch vorhalten muss.

Man musste nun feststellen, dass den Studierenden neben den (wegen der kleinen Module) ohnehin sehr eingegrenzten Wahlmöglichkeiten von Veranstaltungen in einem Modul faktisch nur eine einzige weitere Wahlmöglichkeit geblieben ist – nämlich die Wahl ihrer Profile. Alles andere – Module, Veranstaltungen und Lehrende – wird weitgehend durch diese Wahl der Profile festgelegt. Schließlich ist in den Modulhandbüchern genau festgelegt, welche zwei, drei oder vier Module innerhalb eines Profils studiert werden müssen. Und weil die Module sehr kleingliedrig entworfen wurden, werden nur wenige Veranstaltungen in den Modulen angeboten, sodass Studierende angesichts der Abstimmung mit anderen Veranstaltungsverpflichtungen häufig nur genau eine Veranstaltung in diesem Modul haben, die sie belegen können. Und damit sind sie in der Regel auch auf den Lehrenden festgelegt, der diese Veranstaltung zufällig gerade anbietet.⁶

Diese – in der Regel ungewollte – Reduzierung von Wahlmöglichkeiten hat zur Folge, dass es zwischen den Profilen keine Konkurrenz um Studierende gibt. Haben die Studierenden erst einmal ihr Profil gewählt, sind sie – auch bei Unzufriedenheit mit den Veranstaltungen, den Lehrenden oder den Mitstudierenden – auf das Profil festgelegt. Weil Module, die im Rahmen eines Profils studiert worden sind, auch nur im Rahmen dieses Profils angerechnet werden können und nicht in einen Nichtprofilbereich übernommen werden können, wären bei einem Wechsel des Profils die „sunk costs“, die irreversiblen Kosten in Form von bereits absolvierten, aber aufgrund des bisherigen Studienverlaufs nicht mehr verwendbaren Veranstaltungen und Prüfungen, sehr hoch. Statt bei Unzufriedenheit ein anderes Profil zu wählen, verbleibt man in dem einmal gewählten Profil, weil man – um in der Sprache der Betriebswirtschaftslehre zu bleiben – die „Investitionen“ in die bereits absolvierten Module nicht verlieren möchte.

Diese teilweise verheerenden Einschränkungen von Wahlmöglichkeiten fallen natürlich irgendwann auch den Lehrenden auf. Man stellt überrascht fest, dass Studierende, die man aus einer Veranstaltung im vorigen Semester kannte und für eine Veranstaltung im aktuellen Semester gewinnen will, nicht teilnehmen, weil sie eine Veranstaltung im Modul 2.1.a bereits schon belegt haben. Gleichzeitig registriert man verwundert, dass plötzlich in einer Veranstaltung überaus viele, teilweise desinteressierte Studierende auftauchen, weil durch die Willkür der Veranstaltungsplanung eine Veranstaltung am Dienstagmorgen noch dazu dienen kann, eine „Belegungslücke“ im Studienprogramm zu füllen.

Um den Studierenden wenigstens ein Minimum an Wahlmöglichkeiten zu bieten, werden – häufig auf Druck motivierter Studierender – einzelne Seminarveranstaltungen für eine Vielzahl von Modulen geöffnet, damit Studierende bei der Wahl von Veranstaltungen nicht durch die rigide Studienstruktur eingeschränkt werden. Für einzelne Studierende werden komplizierte informelle Anrechnungsverfahren organisiert, damit sie im Rahmen des Moduls „Gesellschaft“ an einer Veranstaltung zum Thema „Neue Ansätze des Marxismus“ teilnehmen können, obwohl sie ja eigentlich das Modul „Gesellschaft“ schon mit einer Veranstaltung über „Einführung in den Strukturfunktionalismus“ abgeschlossen haben.

⁶ In der alten Diplom- und Magisterstruktur konnten interessierte Studierende über mehrere Semester immer ein oder zwei Veranstaltungen beim gleichen Dozenten belegen. So konnten sich Diskussionszirkel zwischen Lehrenden und Studierenden entwickeln. Durch die faktische Reduzierung der Wahlmöglichkeiten in den neuen Bachelor- und Masterstudiengängen ist dies erheblich erschwert worden. Häufig muss man als Lehrender fiktive Anrechnungsmöglichkeiten schaffen, um Studierenden die Möglichkeit zu geben, über einen längeren Zeitraum bei einem zu studieren.

Die Idee bei der Neukonzeption des Masters bestand darin, ein Modell zu entwickeln, das den Studierenden die Entwicklung individueller Studienprofile ermöglicht, ohne dass permanent die formalen Regelungen des Masters gedehnt werden müssen.

3. Das Grundkonzept des Bielefelder Modells für einen Master in Soziologie

Das Hauptziel bei der Entwicklung eines Bielefelder Modells für den Master war es – wie oben gezeigt –, für die Studierenden im Sinne der übergreifenden Überlegungen der Universität Bielefeld zur Gestaltung von Masterstudiengängen ein hohes Maß an „individuellen Gestaltungsmöglichkeiten“ sicherzustellen und ihnen *gleichzeitig* über das Angebot von Profilbildung Orientierungsmöglichkeiten zu bieten. Neben diesen Hauptzielen wurde in der Diskussion mit Lehrenden und Studierenden noch eine Reihe von weiteren Kriterien genannt, die ein Studienprogramm im Master erfüllen muss.

Als ein wichtiges Prinzip wurde definiert, dass man ein Studienmodell braucht, das auch für Kolleginnen und Kollegen mit einer starken Verankerung in einer Bindestrichsoziologie interessant sein kann und eine attraktive Alternative zur Einrichtung eines thematischen „Spezialmasters“ ist. Man wollte damit die an anderen Universitäten zu beobachtende Ausbildung von „Kleinstmasterstudiengängen“ verhindern, die häufig nur von einem oder zwei Professoren bestritten werden und die – wegen des häufigen Personalwechsels – bereits zu einem zu beobachtenden „Mastersterben“ an diesen Universitäten geführt hat.

Als weiteres Prinzip wurde festgelegt, dass Studierende nicht mit Seminarverpflichtungen überlastet werden, sodass wir in den einzelnen Modulen hohe und zeitintensive Anforderungen an die Studierenden stellen können und gleichzeitig den Studierenden auch Möglichkeiten zur seminarunabhängigen Lektüre von soziologischen Texten geben. Das soll den Bielefelder Master im Vergleich zu stärker verschulerten Angeboten gerade für hoch motivierte Studierende noch attraktiver machen.

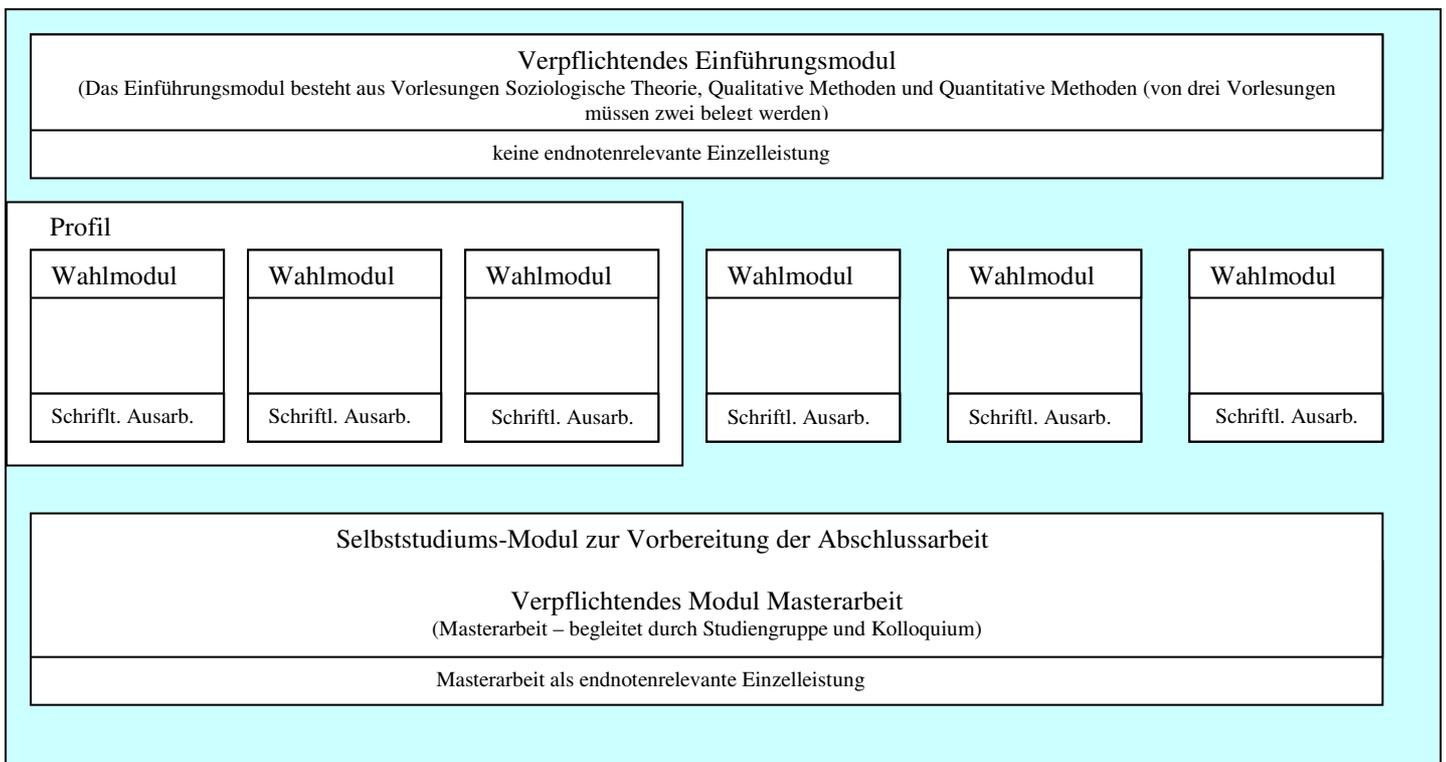
Und schließlich wurde bei der Konzeption des Studiengangs als Prinzip festgelegt, dass das Konzept so einfach sein soll, dass es nicht nur von den Studierenden, sondern auch von Lehrenden sofort verstanden werden kann. Mit dieser Idee wurde auf die Beobachtung reagiert, dass in einigen Studiengängen die Lehrenden gar nicht mehr in der Lage sind, ihre Studiengänge selbst zu erklären, weil aufgrund der Einführung der Leistungspunkte und der Modulstruktur die Komplexität der Studiengänge erheblich gewachsen ist.

Die Grundstruktur des Masters nach dem „Bielefelder Modell“

Die entwickelte Struktur des Studiengangs Master Soziologie ist denkbar einfach. Lehrende können sie innerhalb von 90 Sekunden einem an einem Masterstudium interessierten Studierenden – beispielsweise während einer Fahrstuhlfahrt – erklären.⁷ Nach einem Einführungsmodul in soziologische Theorie sowie in qualitative und quantitative Methoden belegen Studierende sechs Fachmodule ihrer Wahl. Die Fachmodule behandeln unterschiedliche

⁷ Die 90 Sekunden sind selbstverständlich eine willkürlich gewählte Zahl. Sie basiert auf dem – hier eher mit einem Augenzwinkern als Vorbild gewählten – „Elevator Pitch“ in der Szene von Unternehmensgründern. Der Unternehmer muss die Grundidee seiner Unternehmensgründung innerhalb von neunzig Sekunden – der Zeit eines durchschnittlichen zufälligen Zusammentreffens im Fahrstuhl – erklären können.

Themen wie beispielsweise Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Soziale Ungleichheit, Globalisierung, Gender, Medien, Organisation, Theorie oder Methoden. Bei Interesse kann (jeweils einmal) auch ein Mastermodul aus einer anderen Fakultät belegt oder ein Modul Praktikum absolviert werden. Jedes dieser sechs Module wird mit einem umfangreichen (endnotenrelevanten) schriftlichen Leistungsnachweis in Form einer Hausarbeit, eines Lehrforschungsberichts oder eines Literaturberichts abgeschlossen. Ein Profil können Studierende dadurch bilden (müssen es aber nicht), dass sie eines der Fachmodule – in Form von empirischen, theoretischen oder praktisch-orientierten Seminaren – dreimal studieren. Ein Wechsel zwischen den Profilen – insgesamt bisher sieben verschiedene – ist während des Studiums jederzeit möglich.⁸



Übersicht 3: Der neue Master in einer schematischen Darstellung

Durch zwei Kunstgriffe werden (bei gleicher Kapazitätsauslastung wie in den klassischen Masterstudiengängen) die angestrebten Prinzipien erreicht – Erhöhung der Wahlmöglichkeiten der Studierenden, Ausbildung individueller Studienprofile, engere Bindung von Studierenden und Lehrenden, Einbindung von Studierenden in Forschungsschwerpunkte, Reduzierung des bürokratischen Abstimmungsaufwandes. Der erste Kunstgriff ist, dass nicht das gesamte Studium über Profile strukturiert wird (z. B. in Form eines Vorschreibens von zwei oder drei

⁸ Studierende, die kein Profil studieren, können ihr Studienprogramm aus den Modulen der Fakultät frei zusammenstellen und so ein eigenes Studienprofil bilden. Erwartet wird dabei lediglich, dass insgesamt drei Module in Theorie und Methoden enthalten sind.

Profilen im Rahmen eines Masters). Studierende müssen etwa in die Lage versetzt werden, neben dem z. B. aus drei Modulen bestehenden Profil „Organisation“ auch nur jeweils ein Modul aus ganz anderen Profilen zu belegen. Studierende legen sich dann zwar auf ein Profil fest, aber sie können ihre restlichen Veranstaltungen aus dem breiten Modulangebot der Fakultät oder des Fachbereichs wählen. Der zweite Kunstgriff besteht darin, dass Module faktisch nicht nur einmal, sondern zwei- oder dreimal studiert werden können und so die Falle der (im Bachelor sinnvollen) zu kleingliedrigem Modulstruktur verhindert wird.⁹

Grundbedingung dafür, dass das Modell mit einem minimalen bürokratischen Aufwand funktioniert, ist, dass alle Module – und darüber hinaus alle Seminar- und Prüfungsformen – mit der gleichen Anzahl von Leistungspunkten belegt werden. Bei der Konzeption des Masters wurden die positiven Erfahrungen der Universität Bielefeld bei der Entwicklung einer neuen Studienkonzeption für den Bachelor aufgegriffen, in der durch die gleiche Leistungspunktgröße aller Module ein hohes Maß an Wahlmöglichkeiten für die Studierenden ermöglicht wurde.

Die Vorteile der Studiengangsstruktur des Masters Soziologie

Der Effekt des Masters nach dem neuen Bielefelder Modell besteht darin, dass die Wahl eines Profils zu Beginn des Studiums nun nicht mehr den weiteren Studienverlauf festlegt. Studierende schnuppern jetzt durch das Belegen eines sehr breit definierten Moduls in ein Profil hinein und können bei Interesse an einer Vertiefung das Modul noch zwei weitere Male belegen. Studierende belegen beispielsweise zum Kennenlernen eines Themenfeldes einmal das Modul „Politische Soziologie“ und dort zum Beispiel eine Veranstaltung (nicht Modul!) im Themenfeld „Global Governance“ und eine im Themenfeld „Regierungslehre“. Wenn das Profil insgesamt nicht überzeugt, lässt man sich die Veranstaltungen als ein Modul „Politik“ anrechnen. Wenn man Spaß an dem Themenfeld entwickelt, belegt man das Modul „Politik“ zwei weitere Male und wählt dann beispielsweise Veranstaltungen aus den Themenfeldern „Politische Kommunikation“, „Public Policy“ oder „Staatsbürgerschaft“. Durch die dreifache Belegung des Moduls „Politik“ ergibt sich quasi automatisch, dass man das Profil „Politik“ belegt hat.

In dem neuen Modell stellt man den Studierenden letztlich frei, ob sie ihr Studium im Rahmen eines der sieben angebotenen Profile gestalten („profilbildende Version“) oder aus frei wählbaren Modulen eines Fachbereichs selbst zusammensetzen wollen („allgemeine Version“). Damit haben sie die Möglichkeit, durch die Kombination ganz verschiedener Fachmodule sehr stark entlang ihrer Interessen zu studieren. Nur so entsteht letztlich – wenn gewollt, in enger Abstimmung mit Lehrenden – ein eigenes Studienprofil, das heißt, die Studierenden müssen nicht eines von wenigen vorgestanzten Studienprofilen übernehmen.

Im Gegensatz zu vielen anderen existierenden Masterprogrammen können Studierende sich jetzt durch die Wahl ihrer Veranstaltungen an einzelne Dozenten binden, weil das Belegen von Veranstaltungen bei einem Dozenten nicht mehr – wie bei einer Definition kleiner Module – durch die zufällige Zuordnung der Lehrenden zu einzelnen Veranstaltungen beschränkt wird. Aufwendige Mentorenprogramme werden dadurch unnötig, weil Studierende über die Wahl von Veranstaltungen selbst entscheiden können, mit welchen Dozenten sie näher zusammenarbeiten wollen. So kann auch ein breit konzipierter Master, der von über fünfzig Lehrenden bedient wird, im Hinblick auf Dozenten-Studierenden-Bindung konkurrenzfähig sein gegenüber den

⁹ Zu den beiden Möglichkeiten, dieses Konzept umzusetzen – entweder über die Mehrfachstudierbarkeit eines Moduls oder über eine Unterscheidung in drei unterschiedliche Module –, siehe den nächsten Abschnitt.

thematischen Mini-Masterstudiengängen mit ein oder zwei Lehrenden und wenigen Studierenden.

Die Wirkung des Modells ist, dass die Lehrenden der Profile um ihre Studierenden werben müssen, weil die Studierenden während des ganzen Studiums ohne „sunk costs“ ihre Profile wechseln können. Stellt eine Studentin fest, dass ein Profil nicht ihren Ansprüchen genügt oder dass sich die Lehrenden in ihrem Profil nicht ausreichend engagieren, kann sie ohne Probleme – und ohne bürokratisch aufwendige Beantragung – ein anderes Profil wählen oder sich für ein Studium ohne Profil entscheiden.

Profilbildung über das Zulassen der Mehrfachstudierbarkeit von Modulen bedeutet keinen Verzicht auf Steuerung. Im Gegenteil: Über die Definition der Anforderungen an die Veranstaltungsteilnahme und die Beratung der Studierenden wird das Studium im Rahmen eines Profils sehr viel besser an die individuellen Bedürfnisse von Lehrenden und Studierenden anpassbar. Man kann zum Beispiel bei Bedarf Veranstaltungen anbieten, die sich besonders gut für den Einstieg (und damit auch für das Hineinschnuppern) in ein Profil eignen. Bei anderen Veranstaltungen kann man Kenntnisse voraussetzen, die in vorherigen Modulen – zum Teil auch schon im Bachelor – erworben worden sind.

4. Jenseits von Mikromodulen und Megamodulen – Die Grundidee des Bielefelder Modells

In der Zwischenzeit wird immer deutlicher, dass Fakultäten und Fachbereiche mit einer Entwicklung von 50 oder 60 sehr kleingliedrigen Modulen zwar den Anschein von Wahlmöglichkeiten produzieren können, die Wahlmöglichkeiten damit faktisch jedoch eingeschränkt werden, weil – bei gleicher Kapazität – in den Modulen nur sehr wenige Veranstaltungen pro Semester angeboten werden können und die Studierenden aufgrund der Zeitrestriktionen durch andere Veranstaltungen bei der Wahl des Moduls in der Regel auf ein oder zwei Veranstaltungen festgelegt werden. Die Aufschlüsselung in eine Vielzahl von kleingliedrigen, sehr genau definierten Modulen lässt sich deshalb auch als die „größtmögliche ungewollte Vernichtung aller Wahlmöglichkeiten“ (kurz „GUVAW“) bezeichnen (vgl. Kühl 2012: 77).

Alternativ wird deswegen an Fachbereichen und Fakultäten mit Großmodulen experimentiert. Dafür wird überlegt, beispielsweise alle Veranstaltungen in den Bindestrichsoziologien in einem Modul mit z. B. vierzig Leistungspunkten zusammenzufassen. Die Studierenden können dann im Rahmen dieses Großmoduls aus einer Vielzahl von Veranstaltungen auswählen. Dieses unter dem Gesichtspunkt der Erhöhung der Wahlmöglichkeiten auf den ersten Blick attraktive Modell hat jedoch den Nachteil, dass es den Studierenden kaum Orientierung bietet. Eine selbstständige Profilbildung ist zwar durch die Kombination von Veranstaltungen möglich, wird jedoch kaum durch die Studienstruktur angeregt.¹⁰

Das hier favorisierte Modell wählt mit dem Konzept der „Mehrfachstudierbarkeit“ von Modulen einen Weg jenseits der Varianten „Mikromodule“ und „Makromodule“. Dabei wird einerseits auf die Definition von Kleinstmodulen à la „Industrielle Beziehungen“, „Tauschtheorien“ oder „feministische Erkenntnistheorie“ verzichtet, andererseits aber auch die Beliebigkeit von

¹⁰ Es zeigt, wie stark inzwischen die Studiengangskonzeptionen durch formale Kriterien geprägt werden und dass das interessante Konzept der Megamodule häufig nicht durch inhaltliche Argumente abgelehnt wird, sondern mit dem beliebig einsetzbaren und in der Regel nicht empirisch gesättigten Totschlagargument, dass Großmodule „nicht akkreditiert“ werden.

Großmodulen à la „Spezielle Soziologien“ vermieden. Stattdessen werden – in der Regel entlang etablierter Bindestrichsoziologien wie Wirtschaftssoziologie, Politische Soziologie oder Geschlechtersoziologie – vergleichsweise groß gefasste Module gebildet, die von Studierenden einfach, zweifach (Vertiefung) oder dreifach (Profil) studiert werden können. Durch dieses Modell werden gegenüber dem Modell der „Mikromodule“ die Wahlmöglichkeiten für Studierende erheblich erhöht, ohne aber einen Studiengang in die Beliebigkeit von Großmodulen aufgehen zu lassen.

Gegenüberstellung der Wahlmöglichkeiten mit und ohne mehrmaliges Belegen

***1. Variante:** Konzeption des neuen Masters, wenn wir uns für Profile, bestehend aus drei unterschiedlichen, genau definierten kleinen Modulen entscheiden (die Effekte sind im alten Master gut zu beobachten).*

Mögliche Wahlkombinationen bei drei differenzierten Modulen, die jeweils aus zwei Seminaren bestehen (zum Beispiel in soziologischer Theorie „Gesellschaft“, „Organisation“, „Interaktion“).

Annahmen: In einem Jahr werden pro Modul vier Veranstaltungen (zwei pro Semester) angeboten.

Für Studierende, die in Theorie ein Modul für Einsteiger (z. B. „Gesellschaft“) belegen: genau **6 Kombinationsmöglichkeiten** aus den angebotenen Veranstaltungen.

Für Studierende, die in einem Profil „Theorie“ auf die drei Module („Gesellschaft“, „Organisation“, „Interaktion“) festgelegt werden: genau **18 Kombinationsmöglichkeiten** aus den angebotenen Veranstaltungen (je sechs pro Modul).

Verschärfung: Wegen der Kollision mit anderen Veranstaltungen können sich die Kombinationsmöglichkeiten auch faktisch auf eine einzige – oder gar auf null – reduzieren. Im letzten Fall hat man es mit der bekannten „Nichtstudierbarkeit“ eines Studiengangs zu tun (tolles Wort). Auf alle Fälle stellt sich eine (ungewollte) Verschulung ein (ohne dabei die Vorteile der Verschulung zum Beispiel in Form von Klassenbildung zu haben).

***2. Variante:** Wahlmöglichkeiten bei einem breit definierten Modul, das entweder einmal oder - bei Profilbildung - insgesamt dreimal studiert werden kann (zum Beispiel dreimal soziologische Theorie.)*

Annahmen: In einem Jahr werden für dieses Modul zwölf Veranstaltungen (sechs pro Semester) angeboten. Kapazitätsneutral gegenüber der 1. Variante.

Für Studierende, die nur ein Modul „Theorie“ (also zwei Veranstaltungen) belegen: **65 Kombinationsmöglichkeiten** aus den angebotenen Veranstaltungen (mehr als zehnmals mehr als bei eng definierten Modulen).

Für Studierende, die durch das Belegen von sechs Veranstaltungen ein Modul dreimal studieren und damit ein Profil bilden: **924 Kombinationsmöglichkeiten** aus den angebotenen Veranstaltungen (mehr als vierzehnmals mehr als bei eng definierten Modulen).

Der Rechenweg für die Spezialisten: Die Varianten der ersten drei Kombinationsmöglichkeiten lassen sich einfach auszählen, bei der vierten muss man es berechnen. Mathematisch geht es um eine Ziehung 6 aus 12. Zunächst berechnen wir alle Möglichkeiten, 6 aus 12 Kugeln zu ziehen,

wobei Ziehungen mit denselben Kugeln, nur in verschiedener Anordnung, alle einzeln mitgezählt werden. Dann gibt es folgende Anzahl von Möglichkeiten: $12 \times 11 \times 10 \times 9 \times 8 \times 7 = 665\,280$. Es gilt aber, dass jede Gruppe von sechs Kugeln bzw. sechs Seminaren auf 720 Möglichkeiten angeordnet werden kann (Stichwort k -Permutation). Das müssen wir als Wiederholung derselben Auswahl von Kugeln/Seminaren, nur in verschiedener Anordnung, wieder 'rausdividieren, wir rechnen also: $665\,280 : 720 = 924$.¹¹

Das einzige relevante Gegenargument gegen die Mehrfachstudierbarkeit von Modulen besagt, dass mit dem Studium eines Moduls genau definierte Kompetenzen erworben werden und es deswegen keinen Grund geben darf, dieses Modul noch einmal zu belegen, weil die Kompetenzen ja bereits erworben wurden.¹² Dahinter steckt letztlich eine Interpretation der Bologna-Reform, die ein forschungsorientiertes Studium an einer Universität an dem Modell des Erlernens einer Fremdsprache an einer Sprachschule orientieren möchte.

An einer Sprachschule ist es sehr wohl einleuchtend, dass es, wenn man im Modul „Spanisch Mittelstufe B2“ erfolgreich verschiedene Vergangenheitsformen gelernt hat, wenig Sinn macht, dieses Modul noch einmal zu belegen. Für Angebote gerade in forschungs-, aber auch praxisorientierten Masterstudiengängen ist die Annahme absonderlich, dass man ein Modul nur einmal belegen darf. Es wäre naiv, davon auszugehen, dass ein Student, der ein Modul „Logik“, „Zeitgeschichte“ oder „Humangenetik“ belegt hat, sich in den zwei oder drei Veranstaltungen des Moduls alle notwendigen Kompetenzen in diesen Feldern angeeignet hat und ihm deswegen zusätzliche andere Veranstaltungen im Fachgebiet „Logik“, „Zeitgeschichte“, oder „Humangenetik“ nichts Neues bringen würden. Schließlich machen die Lehrenden ihr ganzes Wissenschaftlerleben lang nichts anderes, als in einem Feld „Mehrfachstudierbarkeit“ – oder besser „Mehrfachbeschäftigkeit“ – zu praktizieren. Permanent besuchen oder veranstalten sie Seminare und Konferenzen zu ihrem Forschungsgebiet, ohne dass sie irgendwann einmal abschließend die „Kompetenzziele“ in Logik, Zeitgeschichte oder Humangenetik erreicht hätten und sich deswegen nicht mehr mit dem Thema auseinandersetzen müssten (oder gar dürften).

Die Entwicklung eines eigenen forschungsorientierten Bielefelder Kompetenzmodells

Es wurde deswegen in Übereinstimmung mit den Empfehlungen des German Qualification Framework for Lifelong Learning in der Fassung vom 22. März 2011 (DQR 2011) und des European Qualification Framework (EQR 2008) für den Masterstudiengang ein eigenes Kompetenzmodell entwickelt, das Studierende auf eine innovative Art und Weise in die Lage versetzen soll, Kompetenzen und komplexe soziologische Problemstellungen *eigenverantwortlich* zu erwerben bzw. zu bearbeiten (vgl. Moschner 2010: 29 zu den häufig fehlenden Kompetenzmodellen von Studiengängen).¹³ Besonders durch die weitgehend freie

¹¹ Besten Dank an Barbara Kuchler für die Nachhilfe bei der Berechnung von k -Permutationen einer n -Menge. Mögliche Fehler bei der Berechnung gehen selbstverständlich auf meine Kappe.

¹² Dabei ist „Mehrfachstudierbarkeit“ innerhalb von Modulen – und natürlich auch innerhalb von Studiengängen – eine Selbstverständlichkeit. Sobald man in eine Modulbeschreibung oder eine Studiengangsbeschreibung beispielsweise hineinschreibt, dass drei Seminare in „Zeitgeschichte“ belegt werden sollen, handelt es sich um eine „Mehrfachstudierbarkeit“ – nämlich von Seminaren. Weswegen ausgerechnet bei Modulen eine Mehrfachstudierbarkeit nicht möglich sein soll, konnte bisher immer nur mit Verweis auf vermeintliche Bologna-Regularien begründet werden. Die Sinnhaftigkeit an sich konnte noch nicht erklärt werden.

¹³ Matthias Herdegen hat überzeugend herausgearbeitet, dass die Empfehlungen des Europäischen Qualifikationsrahmens keine „Begründung von Rechten und Pflichten“ für die Mitgliedsstaaten ergeben.

Wahl der Module im Rahmen des Studiengangs können die Studierenden – in enger Absprache mit Lehrenden – an der Fakultät für Soziologie ein eigenes soziologisches Studienprofil entwickeln. Gerade dadurch werden sie befähigt, forschungsorientierte Ziele zu definieren, geeignete Mittel auszuwählen und sich das hierfür erforderliche Wissen eigenständig zu erschließen (vgl. Tacke 2011).

Durch die Möglichkeit, einzelne Module vertieft zu studieren, erwerben die Studierenden in einem oder zwei soziologischen Feldern die Fähigkeit, die für diese Felder relevanten Wissensbestände in Hinblick auf eigene Fragestellungen weiterzuentwickeln. Diese Fähigkeit lernen die Studierenden besonders in Form einer Lehrforschung, in empirisch ausgerichteten Seminaren und theoretisch vertiefenden Seminaren (zweifaches Belegen von Modulen). Dabei erlernen Studierende – unter Anleitung eines Lehrenden – die Fähigkeit, neue soziologische Ideen zu entwickeln, neue Erhebungsverfahren anzuwenden und die eigenen Ergebnisse und die Ergebnisse von Kommilitonen unter Berücksichtigung auch unterschiedlicher Bewertungsmaßstäbe selbst einzuschätzen.

Durch eine Profilbildung in Form einer weiteren Vertiefung eines Fachmoduls erwerben die Studierenden die Fähigkeit, in einem Feld der Soziologie eigenständig – also auch ohne enge Anleitung von Lehrenden – neue Forschungsfragen zu entwickeln, zu ihrer Bearbeitung auch innovative Verfahren anzuwenden und eine eigene Hypothese wissenschaftlich zu begründen. Diese Ergebnisse sollen sie dann auch außerhalb des Kontexts der Seminarveranstaltung sowohl Soziologen als auch Nichtsoziologen gegenüber vertreten können (dreifaches Belegen von Modulen).

Es ist eine Besonderheit des Kompetenzprofils des Masters Soziologie an der Fakultät für Soziologie, dass die Leistungsanforderungen in den Veranstaltungen individuell an die Bedürfnisse und Interessen der Studierenden angepasst werden. So kann auch im Rahmen einer eher einführenden Veranstaltung einzelnen Studierenden ermöglicht werden, eigene Fragestellungen zu entwickeln und gegenüber noch nicht so erfahrenen Studierenden zu präsentieren („peer learning“). Gerade die Öffnung von Veranstaltungen, die auch der Vermittlung detaillierten Wissens dienen, für fortgeschrittene Studierende soll bewirken, dass diese Studierenden lernen, Gruppen von anderen Studierenden im Rahmen komplexer Aufgabenstellungen verantwortlich zu leiten, ihre Arbeitsergebnisse zu vertreten und die fachliche Entwicklung anderer gezielt zu fördern.

Zwei Möglichkeiten zur Umsetzung

Prinzipiell sind zwei Wege vorstellbar, auf denen das Konzept umgesetzt werden kann: In der ersten Variante werden drei Module in einem Themenfeld definiert, die sich nur durch die Zusätze A, B und C oder I, II und III unterscheiden, die angebotenen Veranstaltungen werden dann aber systematisch für alle drei Module geöffnet. In der zweiten Variante wird in einem Feld nur ein einziges Modul definiert, das dann jedoch entweder einfach, zweifach oder dreifach studiert werden kann.¹⁴

Der Deutsche Qualifikationsrahmen müsse erst noch durch „Rechtssatz“ – also durch Gesetz, Staatsvertrag oder Rechtsverordnung – für „die Selbstverwaltungskörperschaften und außerstaatlichen Bildungseinrichtungen verbindlich gemacht werden“ (Herdegen (2009: 8 und 17)). Weil dies bisher noch nicht stattgefunden hat, gibt es für Akkreditierungsagenturen noch keine rechtliche Basis, eine Orientierung am Qualifikationsrahmen einzufordern. Das Bielefelder Kompetenzmodell für den Masterstudiengang greift einer solchen möglichen Entwicklung voraus, indem die Kompetenzerfordernisse an Masterstudierende spezifiziert werden.

¹⁴ Es zeichnet sich im Fall des Bielefelder Masters ab, dass die erste Variante gewählt wird. Die Vor- und Nachteile dieser Variante lassen sich im Detail wohl erst nach zwei oder drei Jahren feststellen.

Bei der ersten Variante definieren Hochschulen beispielsweise drei oder vier Module, die sich nur durch einzelne Begriffe wie „einführend“, „aufbauend“ und „vertiefend“ unterscheiden, und erlauben dann, dass die Seminare für alle drei Module angerechnet werden können. Oder es werden – beispielsweise mit einer Differenzierung von Modulen für „Interaktion“, „Kommunikation“ und „Wechselwirkung“ – „Pseudo-Unterscheidungen“ zwischen Modulen hergestellt und dann alle Veranstaltungen für alle Module geöffnet.¹⁵ Faktisch wird – auf eine eher informelle Art und Weise – diese Möglichkeit von „Mehrfachstudierbarkeit“ von Modulen schon in vielen Fachhochschulen oder Universitäten gerade in Masterstudiengängen ausgenutzt. Diese – an einer Reihe von Universitäten bereits praktizierte – Vorgehensweise geschieht in der Regel unterhalb des Radars der Akkreditierungsagenturen, weil diese die Öffnungen von Veranstaltungen für verschiedene Module in der Praxis weder untersuchen wollen noch können.

Bei der zweiten Variante wird die Mehrfachstudierbarkeit als Möglichkeit für genau definierte Module in den Studiengangbeschreibungen ausgeflaggt. Dabei wird der Spielraum ausgenutzt, den die Kultusministerkonferenzen den Hochschulen in den letzten Jahren eingeräumt haben. Nach den Studierendenprotesten im Jahr 2009 haben die Bildungsminister der Länder die Hochschulen, Akkreditierungsagenturen und den Akkreditierungsrat darauf verpflichtet, die Vorgaben der Kultusministerkonferenz nicht rigider auszulegen, als sie durch die Ländergemeinsamen Strukturvorgaben festgelegt wurden (vgl. KMK 2009). Die Kultusministerkonferenz reagierte mit diesem Beschluss auf die sich einschleichende Unsitte, dass – obwohl in den Erklärungen der europäischen Bildungsminister lediglich grobe Leitlinien festgelegt werden – die Akkreditierungsagenturen zu überraschend rigiden Auslegungen tendierten, die weder durch die Vereinbarung der europäischen Bildungsminister noch durch die Hochschulgesetze oder Beschlüsse der Kultusministerkonferenz gedeckt waren (vgl. zur Rechtswirkung der KMK-Beschlüsse Winter 2009a: 13).¹⁶

	Variante 1 – Definition von drei Modulen in einem Themenfeld und Öffnung aller Veranstaltungen in dem Themenfeld für die drei Module	Variante 2 – Definition von einem Modul in einem Themenfeld, das einmal, zweimal oder dreimal studiert werden kann
Beispiel	Im Studienfeld Soziologische Theorie werden die Module „Soziologische Theorie I“, „Soziologische Theorie II“ und	Im Studienfeld Soziologische Theorie wird nur ein Modul „Soziologische Theorie“ definiert. Je nach dem Belegen

¹⁵ So wird zwar faktisch bereits das Prinzip der Mehrfachstudierbarkeit von Modulen erreicht, aber auf Kosten einer häufig unnötig komplizierten Studiengangsdarstellung. Es gehört zu einer Ironie des deutschen Akkreditierungswesen, dass Akkreditierungsagenturen solche „versteckten Mehrfachstudierbarkeiten“ problemlos akkreditieren, obwohl das faktisch Rechtsunsicherheit produziert, während einzelne Akkreditierungsagenturen gegenüber der offen ausgeflaggt Mehrfachstudierbarkeit Zweifel äußern, obwohl dafür keine gesicherte Rechtsbasis besteht.

¹⁶ Martin Winter (2009b: 410f.) fasst die Haltung so zusammen, dass die „meisten der formalen Vorgaben [...] durchaus sinnvoll [sind], so eng wie sie vielerorts von Hochschulangehörigen beziehungsweise von Hochschuladministrationen ausgelegt wurden, pervertieren sie ihr ursprüngliches Ziel: statt verbesserter Studierbarkeit Überfrachtung.“ Im Sinne dieses Beschlusses der KMK etabliert sich vor Verwaltungsgerichten zurzeit scheinbar eine In-dubio-pro-reo-Umgangsform mit den KMK-Vorgaben. Inzwischen sind Klagen gegen Akkreditierungsagenturen anhängig, weil – entgegen auch der Regelungen durch den Akkreditierungsrat – die KMK-Vorgaben häufig übertrieben scharf ausgelegt werden. Es zeichnet sich ab, dass die Klagen vor den Verwaltungsgerichten darauf hinauslaufen, dass „das, was nicht verboten ist, erlaubt werden müsse.“

	„Soziologische Theorie III“ gebildet. Eine Veranstaltung „Wirtschaft und Organisation – systemtheoretische Perspektiven“ wird dann für alle drei Module geöffnet.	sonstiger Theorieveranstaltungen wird eine Veranstaltung „Wirtschaft und Organisation – systemtheoretische Perspektiven“ für eine Einführung, für eine Vertiefung oder für Profilbildung genutzt
Effekte der Öffnung einer Veranstaltung für mehrere Module	Eine Veranstaltung „Wissenschaft und Organisation – systemtheoretische Perspektiven“ kann die drei Profile – „Theorie“, „Wirtschaft“ und „Organisation“ bedienen. Die Veranstaltung wird für neun Module geöffnet: Soziologische Theorie I, II und III, Wirtschaft I, II und III und Organisation I, II und III.	Eine Veranstaltung „Wissenschaft und Organisation – systemtheoretische Perspektiven“ wird für die drei Module „Theorie“, „Wirtschaft“ und „Organisation“ geöffnet. Studierende entscheiden selbst, ob sie die Veranstaltung für eine Vertiefung oder Profilbildung nutzen wollen.
Möglichkeiten der Steuerung von Studierenden in einem Profil	Eine Veranstaltung „Wissenschaft und Organisation“ wird nur für das Modul „Theorie II“ geöffnet, und so wird signalisiert, dass es nicht als Einführung und nicht zur Profilbildung geeignet ist.	Eine Veranstaltung „Wissenschaft und Organisation“ wird für das Modul „Theorie“ geöffnet und dann in der Veranstaltung spezifiziert, dass vorher oder parallel eine eher einführende Veranstaltung in Theorie belegt werden sollte.

Die für die Gestaltung von Studiengängen relevanten „Ländergemeinsamen Strukturvorgaben“ der Kultusministerkonferenz geben lediglich vor, dass in Modulen „thematisch und zeitlich abgerundete, in sich geschlossene und mit Leistungspunkten belegte Studieneinheiten zusammengefasst“ und zur „Reduzierung der Prüfungsbelastung“ die Module „in der Regel nur mit einer Prüfung abgeschlossen“ werden. In den Erläuterungen wird dann „empfohlen“, in den Modulbeschreibungen unter „Inhalte und Qualifikationsziele des Moduls“ zu spezifizieren, welche „fachlichen, methodischen, fachpraktischen und fächerübergreifenden Inhalte“ vermittelt werden, welche „Lernziele erreicht“ werden sollen und „welche Kompetenzen vermittelt werden sollen“. In den Empfehlungen für Modulbeschreibungen wird ein eigener Abschnitt „Verwendbarkeit des Moduls“ vorgeschlagen, in dem nicht nur die Verwendung des Moduls im Studiengang spezifiziert werden kann, sondern auch festgelegt werden kann, ob ein Modul einmal, zweimal oder dreimal studiert werden kann (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 10.10.2003 in der Fassung vom 4.2.2010, Abschnitt 2a und 2d). Insofern können – jedenfalls bei der Betrachtung der Vorgaben der Kultusministerkonferenz – scheinbar beide Varianten für die Umsetzung der Idee der Mehrfachstudierbarkeit gewählt werden.

5. Die notwendigen Standardisierungen – Ansätze zur Sicherung von Qualität in Masterstudiengängen

Studiengänge bergen stets das Risiko, dass Studierende den „Weg des kleinsten Widerstandes“ wählen. Studierende könnten – so eine berechtigte Befürchtung – in einem Studium die Module wählen, in denen von ihnen am wenigsten erwartet wird. Das hätte zur Folge, dass eine Fakultät,

ein Fachbereich oder ein Institut nicht mehr sicherstellen kann, dass die Studierenden am Ende ihres Studiums über ein definiertes Maß an Fähigkeiten verfügen.

Wie entsteht in Studiengängen das Problem der fehlenden Mindeststandards? Wie lassen sie sich vermeiden? Welche Formen von Standardisierungen sind in einem Studiengang sinnvoll?

Das Risiko eines „anything goes“ – Über Probleme der Sicherung von Mindeststandards in Studiengängen mit hoher Wahlfreiheit

Wegen des Problems der Übersteuerung bei der präzisen Festlegung von Prüfungsformen für jedes Modul wird in den Modulbeschreibungen von Studiengängen vielfach die genaue Prüfungsform offengelassen. Bei dieser Variante steht in den Modulbeschreibungen dann unter „Prüfungsformen“ lediglich „Hausarbeit, Referat oder Klausur“. Damit ist es dem Gutdünken der einzelnen Veranstalter überlassen, welche Prüfungsform für das jeweilige Module zugelassen wird.¹⁷

Diese Variante führt jedoch häufig zu „Drückebergereien“, also zum bewussten Zurückhalten von Leistungen durch Studierende (und Lehrende) (vgl. zum Shirking-Konzept der Agenturtheorie den Überblick von Eisenhardt 1989). Studierende wählen systematisch die Wahlmodule, in denen sie die leichtesten Prüfungsformen – beispielsweise in Form eines Referats oder eines Essays – vermuten. Lehrende unterstützen solche Drückeberger dadurch, dass sie mit Referaten oder Essays in ihren Modulveranstaltungen nur die Prüfungsformen zulassen, die für sie in der Betreuung und Begutachtung am wenigsten aufwendig zu sein scheinen. Auf diese Weise kann es selbst Studierenden in geistes- und sozialwissenschaftlichen Studiengängen gelingen, bis zum Abschluss ihres Studiums beispielsweise keine einzige Hausarbeit schreiben zu müssen.

Um dies zu verhindern, wird häufig festgeschrieben, dass zwar für die einzelnen Module die genaue Prüfungsform nicht festgelegt wird, dass Studierende aber bis zum Ende ihres Studiums eine jeweils genau definierte Anzahl von Hausarbeiten, mündlichen Prüfungen und Klausuren bestanden haben müssen. So soll sichergestellt werden, dass zwar für jedes Modul eine Vielzahl von Prüfungen möglich ist, aber Studierende doch eine Mindestanzahl von unterschiedlichen Prüfungsformen im Rahmen ihres Studiums absolvieren.

Der Effekt dieser auf den ersten Blick attraktiven Variante besteht jedoch in einer Komplexitätsexplosion. Durch die Prüfungsämter muss jetzt nicht nur erfasst werden, ob ein Student oder eine Studentin ein Modul bestanden hat, sondern auch noch, mit welcher Prüfungsform dieses Modul abgeschlossen werden muss. Lehrende müssen sich in ihren Veranstaltungen damit auseinandersetzen, dass Studierende auf unterschiedliche Weisen geprüft werden wollen, und im Extremfall müssen Studierende dann in ein und demselben Seminar ihre

¹⁷ Der Gegentrend besteht darin, in den neuen Bachelor- und Masterstudiengängen für jedes Modul die Prüfungsformen genau zu bestimmen. Ein Modul zur „Einführung in die Sozialstrukturanalyse“ muss dann beispielsweise mit einer Klausur abgeschlossen werden, eine Einführung in die „Soziologische Theorie“ mit einem Essay und ein Fachmodul „Funktionsweise von Märkten“ mit einer Hausarbeit. Diese Vorgehensweise mag für Bachelorstudiengänge Sinn machen, in denen Studierenden in stark verschulften Veranstaltungen Grundlagen vermittelt werden und damit auch die Prüfungen standardisierbar sind. Gerade in den Masterstudiengängen führt dies jedoch zu einer starken Festlegung für Lehrende. Wird beispielsweise einmal in einem Modulhandbuch festgelegt, dass die Inhalte eines ganzen Moduls am Ende durch eine mündliche Abschlussprüfung abgefragt werden, dann sind Dozenten – und Studierende – darauf festgelegt, über die nächsten Jahre unabhängig von den jeweils angebotenen Seminaren am Ende eines Semesters mündliche Modulabschlussprüfungen abzuhalten.

Leistung möglichst sowohl als Hausarbeit, als Klausur, als mündliche Prüfung und als Referat erbringen können.¹⁸ Studierende müssen so einen hohen Suchaufwand aufbringen, um zu identifizieren, in welchen Veranstaltungen sie die ihnen fehlenden Prüfungsformen überhaupt noch erbringen können.

Faktisch werden durch das Festschreiben einer genau bestimmten Anzahl von Hausarbeiten, Referaten, Klausuren und mündlichen Prüfungen die Wahlmöglichkeiten für Studierende stark eingeschränkt. Weil aus verständlichen Gründen die Lehrenden – notfalls auch bei Verstoß gegen die Studienordnung – durchsetzen, dass in ihren Veranstaltungen nur Referate oder nur Hausarbeiten als Prüfungsform akzeptiert werden, werden Studierende gerade am Ende ihres Studiums auf die Veranstaltungen festgelegt, in denen sie die ihnen noch fehlenden Prüfungsformen erbringen können.

Wie wurde das Problem im Rahmen des Bielefelder Modells gelöst?

Festlegung auf eine endnotenrelevante Prüfungsform

Im Bielefelder Modell wird für alle Module eine einheitliche Prüfungsform festgelegt. Weil von Studierenden im Master Soziologie vorrangig die Fähigkeit erwartet wird, Texte mit einer Fragestellung, einer schlüssigen Argumentation und mit überzeugenden Schlussfolgerungen anzufertigen, wird jedes der fünf, sechs Wahlmodule mit einer schriftlichen Ausarbeitung als endnotenrelevante Prüfungsform abgeschlossen. Unter schriftliche Ausarbeitungen fallen Hausarbeiten, Lehrforschungsberichte und ausführliche Literaturberichte (mit der Hinzuziehung selbst recherchierter unterschiedlicher Texte und der Entwicklung einer eigenen These über die gelesene Literatur).

Alle anderen Fertigkeiten – zum Beispiel Referate, Diskussionsbeiträge oder Essays – werden als Teil der Vor- und Nachbereitung von Seminarsitzungen in die Seminarveranstaltungen integriert. Diese Anforderungen können vorher schon in dem Ankündigungstext der Veranstaltung ausgeflaggt werden.

Das bedeutet, dass konsequent an alle Module die gleichen Anforderungen bezüglich der Prüfungsform gestellt werden. Auch ein Praktikumsmodul wird dann beispielweise nicht mit einem – sowieso nicht sinnvoll zu benotenden – mündlichen oder schriftlichen Praktikumsbericht abgeschlossen. Vielmehr nehmen die Studierenden das Praktikum zum Anlass, entweder eine schriftliche Ausarbeitung in Form einer Hausarbeit zu erstellen, in die die im Praktikum gemachten Erfahrungen als Empirie einfließen, oder eine schriftliche Ausarbeitung in Form eines Literaturberichts anzufertigen, in dem unter wissenschaftlichen Kriterien die für die Praktikumsfähigkeit relevante soziologische Literatur ausgewertet wird.

Eine Möglichkeit zur Steigerung der Qualität der schriftlichen Ausarbeitungen besteht darin, diese schriftlichen Ausarbeitungen halböffentlich zu machen. Das könnte zum Beispiel dadurch geschehen, dass jede schriftliche Ausarbeitung als studentisches Working Paper der Fakultät auf der Internetseite der Bibliothek eingestellt wird oder dadurch, dass der Masterarbeit alle sechs schriftlichen Ausarbeitungen beigefügt werden müssen. So wird die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass die schriftlichen Ausarbeitungen nicht nur vom betreuenden Dozenten gelesen werden,

¹⁸ Natürlich wissen Lehrende solche Anfragen zu unterbinden und lassen – auch wenn formal alle Formen der Prüfung möglich sein sollen – nur eine einzige Prüfungsform zu. Wenn Studierende ihr Studium aber nur abschließen können, wenn sie in genau dem fehlenden Seminar genau diese Form von Prüfung machen müssen, setzen sie sich – notfalls mit Verweis auf eine formale Beschwerde – manchmal auch gegen renitente Lehrende durch.

sondern auch von anderen Studierenden, von den die Masterarbeit betreuenden Professoren oder von interessierten Fachkollegen aus dem Profil. Zu hoffen wäre, dass durch diese Schaffung von Öffentlichkeit sich sowohl die Anstrengungen der Studierenden beim Abfassen der Arbeit als auch die Bemühungen der Lehrenden bei der Betreuung weiter erhöhen.

6. Fazit

Ungewollte Nebenfolgen sind nicht zu vermeiden – genau das ist ja der Charakter ungewollter Nebenfolgen. Es wäre deshalb naiv, davon auszugehen, dass sie sich bei der Gestaltung eines Studienganges – oder auch bei Planung eines neuen Steuergesetzes oder der Planung einer Währungsrettung – vermeiden lassen. Selbstredend sind auch bei der Gestaltung von Studiengängen, die den Studierenden möglichst viele Wahlmöglichkeiten lassen, die Effekte der Studiengänge nur sehr begrenzt vor auszuplanen.

Bestenfalls lassen sich einige Fragen errahnen, die durch einen neuen Studiengang aufgeworfen werden. Welche Profile – und damit welche Module – werden von den Studierenden gewählt? Reichen die Kapazitäten der Fakultäten aus, um sich den sich verschiebenden Interessen der Studierenden anzupassen? Wie nutzen die Studierenden die Zeit, die ihnen durch eine Entschlackung des Studiengangs geboten wird? Kommt es zu einer Intensivierung des Studiums in den einzelnen Modulen oder eher zur Ausdehnung von Gelderwerbstätigkeiten oder zu einer Optimierung des Freizeitverhaltens?

Weil viele Effekte nicht im Voraus zu bestimmen sind, muss das Ziel sein, die Struktur des Studiengangs so anzulegen, dass dieser möglichst ohne Änderung der fächerspezifischen Bestimmungen, ohne Befassung universitätsweiter Gremien und ohne Neuakkreditierung angepasst werden kann. (Auch) aus dem Grund der schnellen Anpassung sollten die Module möglichst allgemein formuliert sein. Es ist immer sinnvoller, lieber Veranstaltungen zu „Organisationsproblemen in der New Economy“ oder „Diversity Management in Unternehmen“ im Rahmen eines allgemeinen Moduls „Organisation“ anzubieten, als gleich das ganze Modul nach einem Modethema zu benennen, für das sich nach einigen Jahren niemand mehr interessieren wird. Mögliche Profile im Rahmen eines Studiums sollten in den rechtlich bindenden fächerspezifischen Bestimmungen nur beispielhaft benannt werden, sodass Profile – zum Beispiel beim Wechsel des professoralen Personals oder bei mangelnder Nachfrage vonseiten der Studierenden – eingestellt werden können und problemlos neue Profile geschaffen werden können. Die Prüfungsformen sollten nur in der Form der unmittelbar endnotenrelevanten Prüfungen festgelegt und alle anderen Formen möglicher erwartbarer Leistungen von Studierenden lediglich in den Veranstaltungsprogrammen definiert werden.

Um einen Eindruck für sinnvolle Anpassungen des Studiengangs zu bekommen, muss man die durch den Studiengang produzierten Effekte beobachten. Um solche Effekte zu beobachten, braucht man keine aufwendigen Evaluationen, keine Qualitätssicherungssysteme und keine universitätsweiten Studierendenbefragungen. Schon die im Normalbetrieb erhobenen Zahlen, wie die Anzahl der Studierenden, die von anderen Universitäten herüberwechseln, die belegten Profile und die Anzahl der Studierenden, die einen Master erfolgreich abschließen, geben häufig Indizien über die Attraktivität eines Masters. Zur Erkundung möglicher Ursachen für Probleme reichen häufig schon Gespräche mit Studierenden und Lehrenden am Ende eines Semesters aus.

Angesichts der Ermüdung, der Frustration und des Zynismus, mit dem viele Lehrende (und manchmal auch schon Studierende) auf die vierte Reformierung ihres Studienganges reagieren, mag die hier formulierte Erwartungshaltung naiv klingen: Aber nach der Gestaltung des Studienganges muss bei den Lehrenden noch so viel Neugierde und Kraft vorhanden sein, um

die Effekte der geschaffenen Studienordnung zu beobachten, um dann – ohne Neuformulierung der fächerspezifischen Bestimmungen und ohne neue Behandlung in den universitätsweiten Gremien – Anpassungen vornehmen zu können.

Literatur

- Diewald, Martin; Stefan Kühl (2009): Analyse des existierenden Masters Soziologie an der Universität Bielefeld. Bielefeld: unveröff. Bericht an die Statusgruppen und die Fakultätskonferenz der Fakultät für Soziologie.
- DQR (2011): Deutscher Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen, verabschiedet vom Arbeitskreis Deutscher Qualifikationsrahmen. Bonn: AK DQR am 22. März 2011.
- Eisenhardt, Kathleen M. (1989): Agency Theory. An Assessment and Review. In: Academy of Management Review, Jg. 14, S. 57-74.
- EQR (2008): Der Europäische Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen (EQR). o.O.: EU GD Bildung und Kultur.
- Haunhorst, Charlotte (2010): Brief an den Ex-Lehrer. "Sie haben uns völlig falsch vorbereitet". München: www.jetzt.de.
- Herdegen, Matthias (2009): Der Europäische Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen – Rechtswirkungen der Empfehlung und Umsetzung im deutschen Recht. Bonn: Rechtsgutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.
- KMK (2004): Rahmenvorgaben für die Einführung von Leistungspunktsystemen und die Modularisierung von Studiengängen. o.O.: Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 15.9.2000 i.d.F. vom 22.10.2004.
- KMK (2009): Weiterentwicklung des Bologna-Prozesses. Beschluss der 327. Kultusministerkonferenz am 15.10.2009. Bonn: KMK.
- KMK (2010): Ländergemeinsame Strukturvorgaben für die Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengängen. o.O.: Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 10.10.2003 i.d.F. vom 4.2.2010.
- Kühl, Stefan (2011): Der Sudoku-Effekt der Bologna-Reform. Bielefeld: Working Paper 1a/2011.
- Kühl, Stefan (2012): Der Sudoku-Effekt. Hochschulen im Teufelskreis der Bürokratie. Bielefeld: transcript.
- Moschner, Barbara (2010): Möglichkeiten und Grenzen in modularisierten Studiengängen. In: Eberhardt, Ulrike (Hg.): Neue Impulse in der Hochschuldidaktik. Wiesbaden: VS-Verlag, S. 25-43.
- Pasternack, Peer (2001): Es ist noch kein Master vom Himmler gefallen: Gestufte Abschlüsse in einer bildungs- und systemtheoretischen Perspektive. In: Webler, Ulrich (Hg.): Studienreform mit Bachelor und Master. Gestufte Studiengänge im Blick des Lehrens und Lernens an Hochschulen. Neuwied/Kriftel: Luchterhand, S. 286-302.
- Pasternack, Peer (2006): Qualität als Hochschulpolitik. Leistungsfähigkeit und Grenzen eines Policy-Ansatzes. Bonn: Lemmens-Verlag.
- Pfaller, Robert (2010): Der Kampf gegen die Fortentwicklung der Universität zur repressiven Attrappe. In: Horst, Johanna-Charlotte (Hg.): Unbedingte Universitäten. Was passiert? Stellungnahmen zur Lage der Universität. Zürich: Diaphanes, S. 51-54.

Tacke, Veronika (2011): Das Kompetenzkonzept der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld für den Master Soziologie. Stand 29.5.2011.

Teichler, Ulrich (2003): Die Master-Stufe an Hochschulen in Europa – Probleme und Chancen. In: Hochschulwesen, H. 5/2003, S. 174-178.

Universität Bielefeld (2011a): Forschungsorientierte Master-Studiengänge. In: Universität Bielefeld (Hg.): Studienmodell der Universität Bielefeld. Bielefeld: <http://www.zfl.uni-bielefeld.de/studium/modell/master-as>

Universität Bielefeld (2011b): Das Bielefelder Studienmodell. Bielefeld: <http://www.uni-bielefeld.de/Universitaet/Studium/Studieninformation/Studienmodell/>

Winter, Martin (2009a): Das neue Studieren. Chancen, Risiken, Nebenwirkungen der Studienstrukturreform: Zwischenbilanz zum Bologna-Prozess in Deutschland. Wittenberg: Arbeitsbericht des Instituts für Hochschulforschung.

Winter, Martin (2009b): Bologna 2.0? Vermeintliche, vermeidbare und echte Probleme der Studienstrukturreform. In: Forschung & Lehre, H. 6/2009, S. 410-412.